

Die Industriepreisreform erfordert höhere Qualität der Leitungstätigkeit

Am 1. April begann mit der ersten Etappe die schon lange angekündigte Industriepreisreform. Für rund 25 Prozent der industriellen Produktion — zunächst vorwiegend Grundstoffe — wurden neue, meist höhere Industrieabgabepreise festgelegt. Es ist völlig natürlich, daß dazu viele Fragen gestellt werden.

Die Industriepreisreform ist eine wesentliche Bedingung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Ohne Industriepreisreform kann vor allem der Gewinn nicht als wirkungsvoller Hebel zur Lösung der ökonomischen Aufgaben ausgenützt und noch viel weniger ein funktionsfähiges System der ökonomischen Hebel praktisch verwirklicht werden. Daher kann man die volle Bedeutung dieser wichtigen Maßnahme nur verstehen, wenn man vom neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ausgeht.

In Dresden meinten einige Genossen, die Regierung müsse Maßnahmen ergreifen, um die Auswirkungen der Industriepreisreform — bei der ersten Etappe also der Preiserhöhungen — auf die Betriebe auszuschalten.

Davon kann keine Rede sein. Der ganze Sinn dieser Preisveränderungen besteht doch darin, mit ihrer Hilfe möglichst großen Einfluß auf die Tätigkeit der Betriebe, ja der gesamten Volkswirtschaft auszuüben. Aber welche Auswirkungen sollen das sein? Natürlich haben auch die bisherigen Preise eine tiefe Wirkung auf die Entwicklung der Wirtschaft ausgeübt, eine Wirkung jedoch, die nicht immer den ökonomischen Erfordernissen entsprach und in bestimmten Zweigen der Volkswirtschaft sogar mehr schädete als nützte. So haben die Industriebetriebe bis zum 1. April z. B. eine Tonne Braunkohle zu 3,41 DM und eine Tonne Braunkohlenbriketts zu 16,56 DM bezogen. Man braucht kein Fachmann zu sein, um zu wissen,

daß die Produktion einer Tonne Braunkohle auch im Tagebau mit vielen Aufwendungen verbunden ist. Nimmt man alle hierbei entstehenden Kosten zusammen, so überstiegen sie bisher bei weitem den Preis. Von Gewinn konnte gar keine Rede sein. Da in der DDR jährlich rund 250 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert werden, mußten aus dem Staatshaushalt Jahr für Jahr einige hundert Millionen DM Subventionen gezahlt werden, allein um die Differenz zwischen dem Preis und den tatsächlichen Kosten zu decken. Mit jeder Produktionserhöhung stiegen hier auch die notwendigen Subventionen. Außerdem mußten noch die neuen, großen Investitionen aus dem Staatshaushalt finanziert werden.

Man könnte einwenden, daß in der Chemie und in anderen Wirtschaftszweigen, die einen hohen Kohleverbrauch haben, dafür um so höhere Gewinne gemacht und an den Staatshaushalt abgeführt wurden. Das stimmt. Aber abgesehen von diesem unwirtschaftlichen Karussell von Subventionen hier und Gewinnabführung dort, das hiermit in Gang gesetzt wurde, war dadurch der Gewinn weder in den Kohlegruben noch in den Betrieben mit hohem Kohleverbrauch ein materieller Anreiz zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, zur Senkung der Selbstkosten sowie zur bestmöglichen Lösung anderer Aufgaben. Da die Kohlepreise, weil sie nur einen Teil der wirklichen Kosten deckten, so niedrig lagen, war es für viele Betriebe ökonomisch gar nicht vorteilhaft, die neueste kohlesparende Technik einzuführen. Ein hoher, aber für die Volkswirtschaft unwirtschaftlicher Kohleverbrauch war für sie viel billiger als die neue Technik.

Die bisherigen Preise waren daher eher Bremsklötze statt Triebkräfte zur Einführung der modernsten Produktion. Sie haben in vieler Hinsicht der volkswirt-